



Mittwoch, 08. April 2020, 09:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Kein Ende des Tunnels

Auch wenn der Notstand demnächst beendet werden sollte — die schlimmsten Folgen kommen erst noch.

von Elmar Klink
Foto: SvedOliver/Shutterstock.com

Die gegenwärtige Coronavirus-Krise ist noch nicht auf ihrem Verlaufshöhepunkt angelangt. Schon ist aber erkennbar, dass die drastischen staatlichen Maßnahmen und Einschränkungen von Gesellschaft, Wirtschaft und des Lebens jeder/jedes Einzelnen erhebliche Folgen und Konsequenzen haben werden. Deutschland auf dem Weg in eine Rezession, lautete gerade eine Schlagzeile. Millionen Arbeitslose mehr in den USA ist zu lesen. Betroffene werden unterschiedliche Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Die Krise ist diesmal so einschneidend und greift derart in menschliche Gewohnheiten ein, dass es ein Weiter so wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 nicht geben kann. Dennoch werden beharrende gesellschaftliche Kräfte alles daran setzen, dass es so und nicht viel anders kommt.

Die Menschheit hat jedoch einen Vorgeschmack davon bekommen, was es heißen könnte, wirklich an einem Scheidepunkt zu stehen. An dem sie schleicher zwar, aber bei der fortschreitenden Klimakatastrophe im Grunde bereits steht.

Diese ist mit einem Impfstoff global nicht zu bewältigen und abzuwenden. Doch auch hier könnten sich „exponentielle“ Entwicklungen ergeben, von denen derzeit so viel die Rede ist. Sie könnten mit der Macht des Faktischen alles übertreffen und überrollen, was man sich an „worst case“ vorzustellen wagt. Politiker wie der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sprechen von einem „Krieg“, in dem man sich befinde und er meint einen gegen die Natur.

Das Coronavirus ist Teil dieser Natur, gegen das kein Antibiotikum hilft. Antibiotika schwächen wiederum das menschliche Immunsystem, setzen es außer Kraft, statt es zu stärken. Als Folge bilden sich Resistenzen der Bakterien aus, wie sich auch ein Bakterium bei der Anpassung an seine Umwelt fortlaufend selbst optimiert und seine Abwehr stärkt, ähnlich wie es auch Viren tun. Das macht sie auch so effektiv als biologische Kampfstoffe. Symptome werden dadurch nach Ansicht der ganzheitlichen Medizin in den Hintergrund gedrängt, nicht wirklich kuriert.

Sie sind damit aber für den Organismus nicht aus der Welt, sondern können an anderen Schwachpunkten der Physis und Psyche wieder auftauchen und von neuem organisch störend wirken. Ein

Kettenfolgeprinzip. Es geht um die Fähigkeit zur Selbstregulation der menschlichen Lebenskraft, die auch zentraler Teil der Natur ist, so wie sich z. B. jedes Öko-System – und die Erde stellt als Ganzes ein solches dar – selbst reguliert, solange es intakt ist und nicht umkippt. Corona führt den Menschen an einen solchen möglichen, nicht mehr intakten „Kippunkt“ – medizinisch, gesellschaftlich und menschlich.

Zeit für einen Reset

Das wird man zu berücksichtigen und grundsätzlich zu bedenken haben bei allen künftigen Analysen und Auswertungen dessen, was derzeit abläuft. Eigentlich könnte man dabei nur zu der Konsequenz gelangen, ein Welt-System, das nach dem Prinzip der Kettenreaktion funktioniert, von Grund auf zu ändern. Um es digital zu sagen, einen „Reset“ vorzunehmen und frühzeitige Unterbrecherfunktionen zu installieren. Doch das wird absehbar nicht passieren. Denn der gegenwärtige globale, neoliberale Kapitalismus wird auch diese schwere Krise „irgendwie“ unter großen Opfern und Tributen aussitzen und scheinbar überwinden.

An ihrem Ende wird eine ungeahnte neue ökonomische und technologische Prosperität stehen, so wie es immer nach Kriegen der Fall ist. Agonie und Zerstörung – vor allem von vielen Menschenleben – führen zu neuem Wachstum und vermutlich im alten bekannten Stil. Es ist also zu befürchten, dass es „danach“ so weitergeht wie bisher und nichts daraus grundsätzlich gelernt wird. Wer diesen grundlegenden Zusammenhang von Coronakrise und „System“, in dem zu leben gezwungen sind, leugnet oder nicht sehen will, wird kaum zu den richtigen Schlüssen gelangen können und lediglich in unzureichendem Reparaturbetrieb weiterwursteln.

Schon frohlocken Kenner der digitalen Szene, dass die gerade

erzwungene Umstellung menschlicher Arbeit auf den „Homeoffice“-Modus dazu führen wird, dass die Menschen künftig verstärkt danach verlangen werden. So stellt die *Microsoft Deutschland*-Chefin Sabine Bendiek als Wirkung von Corona einen „kollektiven Lernprozess“ fest, der die Berufswelt verändert:

„Flexible Arbeit von zuhause wird zunehmen, so alltäglich wie die Nutzung von Smartphone und Laptop.“

Das könnte dem Software-Giganten und vielen anderen Unternehmen sogar recht sein. Man spart dadurch gewaltige Investitionen in die sichere Gestaltung von Arbeitsplätzen vor Ort, in Arbeitsschutz und so weiter. Kollektive Interessenvertretung durch Gewerkschaften und einheitliche Tarif-Entlohnung könnten sich dadurch gleich mit erledigen. Jedem/jeder seinen/ihren eigenen Homeoffice-Vertrag. Dies betrifft vor allem verwaltende, administrative und planende Berufe, weniger die „Hardware“ industrieller oder handwerklicher Produktion und Arbeit sowie bestimmte Dienstleistungen am Menschen.

Stichwort Solidarität

Corona hat aber auch noch andere politische Folgen. Es muss nachdenklich machen und kritisch stimmen, wenn derzeit zur Bekämpfung der Viruskrise in an sich unsolidarischen Gesellschaften, die gnadenlos nach dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip funktionieren, allseits „Solidarität“ eingefordert wird. Politiker freuen sich über die überall aufkommende „Solidarität“, doch täuschen sie sich.

Es sind vor allem jene „solidarisch“, die es ohnehin sonst auch sind und auf die sich jetzt nur die Blicke mehr richten. Es hat den Anschein, als verwechsle man die elementare solidarische

Eigenschaft der Menschen mit der Bereitschaft zur blinden „Gefolgschaft“ gegenüber Experten und Politikern. Widerspruch und Abweichung werden nicht geduldet. Eine lose Zusammenkunft auf der Straße in Berlin am Wochenende des 29./30. März wurde wegen Versammlungsverbot von der Polizei aufgelöst.

„Solidarisch“ sein soll eigentlich heißen gehorsam zu sein, den Anordnungen von oben zu folgen.

Dies ist zurzeit mit einer großen Zustimmung in der Bevölkerung zu den geschnürten Krisen-„Paketen“ auch noch der Fall. Aber was wird in einem Monat, in einem Vierteljahr sein? Stimmen werden lauter, die dann ein zunehmendes Raunen und Unzufriedenheit unter den Menschen aufkommen sehen. Wenn den Leuten die Decken über ihren Köpfen einstürzen, wenn die Spielideen zuhause ausgehen, das TV-Programm wie jetzt schon immer eintöniger wird. Wenn TV-Teletexte und Radioprogramme zurückgefahren werden mangels Mitarbeitern, wenn man täglich dieselben Meldungen und Nachrichten zu hören bekommt.

Also kurz gesagt, wenn der „Heimkoller“ überall auszubrechen droht? Wenn das nicht mehr Ausweichenkönnen und die fehlende Kontaktkultur zu vermehrten Aggressionen führen. Die online-„Menschlichkeit“ vermag nicht alles 1 zu 1 zu ersetzen. Hier deuten sich Problematiken an, die noch kaum abzusehen, geschweige denn soziologisch untersucht sind.

Das Virus dringt bis in hinterste provinzielle Winkel vor, wenn etwa in einem kleinen 150-Seelen-Dorf in Baden-Württemberg eine ganze Familie infiziert ist, weil sie in Tirol im Skiurlaub war. Wer in einem solchen Dorf schon mal gelebt hat, weiß, wie schnell sich da Gerüchte verbreiten und Unmut entstehen kann. Der oder jene ist schuld. Von jener und jenem distanziert man sich sozial.

Eine städtische und regionale Aufschlüsselung der gemeldeten

Corona-Infizierten in Hessen zeigt teils starke örtliche Unterschiede und flächenmäßig eine recht dünne Streuung, Hessen ist im Vergleich zu Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen trotz über 4.000 gemeldeten Infizierten kein Corona-Hotspot. Hessens CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier äußerte sich höchst betroffen zum Suizid des Finanzministers Schäfer aus seiner Landesregierung und räumte ein, dass der sonst als bewährt geltende Politiker sich in der Coronakrise möglicherweise großen Problemen gegenüber sah, die auf ihn und das Land zukommen könnten. Dies muss politisch wie menschlich zu denken geben, denn hier handelte jemand mit Einblick in die Krisen-Logistik eines Landes und Zuständigkeitsbereichs.

Blinde Expertenhörigkeit

Vielfach werden inzwischen von kompetenten Virologen, Epidemiologen und Krisenforschern an den weltweit von der *Johns Hopkins-Universität* verbreiteten Corona-Statistiken Zweifel geäußert. Daraus folgende Maßnahmen werden in ihren weitreichenden Folgen kritisch hinterfragt. Eines scheint dabei gewiss: man ist sich uneins über Grad, Schwere und Ausmaß der Pandemie und ihrer Ursache. Es gibt abweichende Einschätzungen über den Charakter des Erregers, über Fall-Erfassungen, Zählmethoden, Testzuverlässigkeit und -zeitpunkte und so weiter.

Nichts ist fälschungsanfälliger als eine Statistik.

Was Politikern das richtige angemessene Handeln nicht gerade erleichtert. Dafür hat man Verständnis. Kein Verständnis haben kann man mit einer blinden Expertenhörigkeit mangels besseren verfügbaren Wissens. Sicher, da sind in Italiens Region Lombardei die schockierenden Bilder von an Krankenhaus-Hinterhöfen auffahrenden Militärlastwagen, die in der Nacht haufenweise Särge

abtransportieren. Was damit zu tun haben dürfte, dass Ärzte mangels Behandlungskapazitäten dazu übergegangen sind, die Erkrankten nach Schwere im Rahmen einer Triage zu sortieren.

Die „aussichtslosen“ Fälle werden nicht mehr behandelt. Das ist eine große Tragik und müsste so nicht sein, wenn Europa mehr kooperieren würde und „solidarischer“ wäre. Die Boulevard- und Sensationspresse greift das mit Vorliebe auf. Es sind aber auch Bilder, die nichts über die näheren Zusammenhänge aussagen, die wir dann nur deuten können. Aber deuten heißt nicht wissen.

Corona offenbart auch etwas über den Umgang mit Wahrheit und Fakten. Ein italienischer Staatsbürger etwa ist im relativ gering von Corona betroffenen südlichen Reggio/Kalabrien mit genau demselben staatlich restriktiven Krisenregime konfrontiert wie Landsleute in Mailand oder Bergamo. Auf Deutschland bezogen müssen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit den niedrigsten Zahlen in der BRD sich genauso einschränken wie Bürger und Bürgerinnen im stark von Corona heimgesuchten Kreis Heinsberg an der Grenze von Nordrhein-Westfalen zu den Niederlanden. Hier könnte man deutlich abgestufte Regelungen einführen und anwenden. Dies wird aber abgelehnt mit dem Argument, dass es dann zu unkontrollierbaren Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern kommen könnte, was wenig einleuchtet.

Andererseits gibt man wiederum grünes Licht für die Wiedereröffnung von Baumärkten an Wochenenden, weil sie „systemrelevant“ wären. Es gibt europäische Länder wie etwa Schweden, die bisher so gut wie ohne Shutdown- und Lockdown-Maßnahmen auskommen und weit geringere Infizierten-zahlen und Todesfälle deutlich unter dem EU-Schnitt melden. Was sicher auch mit der geringeren Bevölk-erungsdichte zu tun hat.

Was haben wir also als Folge(n) am Ende zu gegenwärtigen? Viele

Millionen Infizierte/Erkrankte und Hunderttausende von Toten? Es würde alle medizinischen Kapazitäten weltweit schlicht überfordern und sprengen. Die jetzigen drakonischen Maßnahmen des Lock- und Shutdown und der strengen Kontaktauflagen werden die Anzahl der Infizierten nicht verringern. Sie strecken und verlängern lediglich die Infektionsperiode und flachen die steil ansteigende Kurve der Neuinfektionen ab, um so mehr Zeit für medizinisch-therapeutische Vorkehrungen und Tests zu gewinnen. Was ist, wenn wie vorausgesagt das alles bis in wenigen Wochen nicht den erhofften dämpfenden und verlangsamen Effekt bringt? Dies ist alles derzeit schwer abzuschätzen und abzuwägen.

Was gar nicht geht, ist die Bevölkerung aktuell von direkter Mitwirkung an Entscheidungen völlig auszuschließen, sie noch wie eine zu steuernde Masse zu behandeln. Auch kann nicht hingenommen werden, dass die Exekutive wie das Gesundheitsministerium beschlossene Notgesetze eigenmächtig durch Erlassbestimmungen weiter ausführt.

Von hunderten Anträgen auf Existenz-Soforthilfen, die ein Steuerberater in Baden-Württemberg für seine Klienten einreichte, wurden lediglich zwei als berechtigt anerkannt. So wird es von betroffener Kleingewerbeseite berichtet. Man muss vor dem Totalruin stehen, um überhaupt in die engere Auswahl zu kommen, berücksichtigt zu werden.

Genau das kann aber nicht gemeint sein. Denn eine Firmenpleite hat noch eine ganz andere Dimension und Existenzhilfe heißt präventive Hilfe zu Erhalt, Überbrückung und Fortführung der möglichen Existenz, Abfederung drohender Einbußen und so weiter. Zwischen 9.000 und 30.000 Euro können eine drohende Insolvenz wohl kaum noch abwenden, wenn jemand in Handwerk und Gewerbe auch nur zwei oder drei zusätzliche Arbeitskräfte. Maler, Tischler, Maurer, Klempnerin, Elektriker, Mechaniker, Bäckerin, Landwirtschaftshelferin, Verkäuferin und andere, beschäftigt.

Hier wird eine solche bürokratische Praxis noch zu viel Unmut und Ärger führen und sich politisch niederschlagen. Nicht die Regierung oder einzelne Behörde ist der Souverän, sondern der einzelne mündige Bürger mit seinen primären Grundrechten, die alle behördliche Praxis nachrangig binden. Wir sind keine Untertanen mehr, auch nicht in einer solch ernststen Krisenlage!

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Elmar Klink, Jahrgang 1953, ist freier Autor. Nach dem Zivildienst und Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaften in Bremen arbeitete er in der Beratung, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie als Drucker. Seit 2018 ist er im Ruhestand. Er war viele Jahre politisch in der Friedensbewegung und in gewaltfreien Aktionsgruppen aktiv und schrieb zahlreiche Aufsätze für politische Zeitschriften, Buch- und Filmgesprächen.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.